

# Rat setzt Zeichen gegen Rechts

HC  
12.11.20

Politik verabschiedet Resolution für Demokratie und Toleranz / Teile der CDU enthalten sich / Neumünster soll „sicherer Hafen“ werden

Von Gunda Meyer

**NEUMÜNSTER** Das Gros der Ratsversammlung hat während seiner Sitzung am Dienstagabend per Resolution ein klares Statement für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gesetzt. „Wir treten ein für ein buntes Neumünster, das Chancen und Perspektiven für alle Menschen bietet, die friedlich hier leben, im Einklang mit dem Grundgesetz. Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab“, erklärte Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger.

Extreme Handlungen und Haltungen sollen entschlossen bekämpft werden. Allianzen, Bündnisse und Initiativen, die Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und jeglichen Rassismus bekämpfen.

„Besonders wichtig ist auch der respektvolle Umgang – gerade auch in unseren Sitzungen“, erklärt Hauke Hahn (CDU). Doch diesem Statement wollten nicht alle seiner Fraktionskollegen folgen: Neben der NPD enthielten sich auch überraschend vier CDU-Mitglieder ihrer Stimmen.

Noch erstaunlicher war allerdings, dass es im weiteren Verlauf der Sitzung erstmals eine längere Diskussion zu



Fünf Antifa-Mitglieder protestierten vor der Sitzung gegen den geplanten AfD-Parteitag und die NPD.

FOTOS: MEYER

einem NPD-Antrag gab und sich sieben Ratsmitglieder der Stimmen enthielten. Bisher war es ungeschriebenes Gesetz, dass der Antrag aufgerufen wurde, ein Vertreter der Verwaltung oder der Politik dazu in die Bütt ging, und der NPD-Vorstoß dann von allen anderen Parteien im Rat abgeschmettert wurde.

## Sicherer Hafen

Ein weiteres Bekenntnis hat die Ratsversammlung mehrheitlich verabschiedet: Neumünster soll für geflüchtete Menschen „sicherer Hafen“ werden. Das bedeutet, dass



Mitglieder von Attac unterstützten mit einem Banner den Vorstoß einiger Ratsfraktionen, Neumünster zum sicheren Hafen zu erklären.

eine Kommune in Kooperation mit der Organisation Seebücke geflüchtete Men-

schen willkommen heißt und sich bereit erklärt, mehr von ihnen aufzunehmen.

Die Grünen hatten bereits im September den Oberbürgermeister Dr. Olaf Taurus in einem offenen Brief dazu aufgerufen, kurzfristig diese Erklärung abzugeben. Dieser hatte dies abgelehnt (der Courier berichtete). „Die Grundidee halte ich für richtig, nicht aber, dass wir damit alle Zielsetzungen der Seebücke unterstützen, also auch ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge“, erklärte Peter Janetzky (FDP). Sven Radestock (Grüne) wies darauf hin, dass nicht jede Stadt diese Prämisse unterstütze, „es geht erst einmal um ein klares Signal.“